

**Sicherheit
Freiheit
Bürgerrechte**
Ohne uns läuft nichts



Stuttgarter Erklärung

**zum 20. Landeskongress der
Deutschen Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg
vom 19. bis 20. November 2015 in Stuttgart**

**Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte –
Ohne uns läuft nichts!**



Stuttgarter Erklärung

Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg

Der tägliche Einsatz der Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg ist unverzichtbarer Bestandteil unseres freiheitlichen und demokratischen Staatswesens. Er soll elementare Grundrechte der Menschen sichern und einer der Stützpfeiler unseres stabilen und zumeist friedlichen Lebens sein.

Einsatzbewältigung im täglichen Dienst, Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung sind gleichrangige Kernaufgaben der Polizei, denen sie sich unter hohem persönlichem Einsatz jedes einzelnen Beschäftigten widmet, ohne Ansehen der Person, ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder politischen Gesinnung, einzig der Verfassung, den Gesetzen und dem Recht dienend.

Aufgabenzuwachs und Arbeitsverdichtung durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, neue Kriminalitätsphänomene, verstärkte Verkehrsströme, explodierende Zuwanderungsströme und politische Fehlentscheidungen bei der Ausstattung der Polizei mit ausreichendem Personal, einer angemessenen Personalstruktur und den erforderlichen technischen wie rechtlichen Instrumentarien haben dazu geführt, dass die Erwartungen der Menschen im Land an die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden nicht mehr erfüllt werden können.

Die Auswirkungen internationaler Krisen und Konflikte, globaler Wanderungsbewegungen, Internationalisierung von Kriminalität und wachsender Terrorgefahren sind auch für die Menschen in Baden-Württemberg bis in ihren täglichen Alltag hinein spürbar. Sie lösen Ängste und Sorgen um die persönliche Sicherheit aus.

Nur einer gut ausgestatteten und ausgebildeten Polizei mit hochmotivierten und sich zu diesem Staat und seinen Werten bekennenden Beschäftigten wird es möglich sein, die großen Herausforderungen zu bewältigen, die unsere freiheitliche Gesellschaft zu bestehen haben wird.

Wir erwarten von der Politik Antworten und Taten. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Sicherheit. Die Politik hat die Pflicht diese politische Grundaufgabe zu realisieren. Wer sie nicht realisiert erfüllt seine Aufgabe nicht. Wer sie nicht erfüllt hat versagt.

Versagen oder Handeln - Einen Kompromiss oder einen Zwischenweg gibt es nicht!

Die Beschäftigten der Polizei – Forderungen und Erwartungen

- Die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg müssen so ausgestattet sein, dass die Beschäftigten die hohen Erwartungen erfüllen können, die von der Bevölkerung und der Politik an sie gestellt werden. Insbesondere dort, wo gesetzliche Bestimmungen die Polizei zum Handeln verpflichten, muss die Politik die **personellen, rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen** schaffen und erhalten, die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages notwendig sind.



Stuttgarter Erklärung

Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg

- Der **Schutz unserer Dienstkräfte** vor den zunehmenden Gefahren durch gewalttätige Angriffe auf ihre persönliche Unversehrtheit oder Beeinträchtigung ihrer Persönlichkeitsrechte im Internet bzw. in sozialen Medien hat absolute Priorität. Deshalb fordern wir neben einem besseren strafrechtlichen Schutz eine ständige Überprüfung der Schutzausstattungen, um die Schutzwirkung auf höchstmöglichem Niveau sicherzustellen. Dazu gehört gerade jetzt eine Körperschutzausstattung die nicht irgendwo vorgehalten wird, sondern jedem Angehörigen in den geschlossenen Einsatzeinheiten und all denen, die in ad hoc-Lagen im Einsatz sind, griffbereit zur persönlichen Verfügung stehen. Ebenso erwarten wir, dass jeder operativ eingesetzte Polizeibeamte und Polizeibeamtin mit einem Einsatzanzug und einem passenden Schutzhelm ausgestattet ist.
- Die Polizeibesetzten in Baden-Württemberg müssen flächendeckend angemessen und **leistungsgerecht bezahlt und sozial abgesichert** sein. Einschnitte in die Bezahlung und Versorgung werden wir auch weiterhin entschieden bekämpfen. Wir fordern darüber hinaus, dass Entscheidungen der Vergangenheit, die zu Absenkungen bei Besoldung und Versorgung geführt haben, umgehend revidiert werden. Die Polizeibeamten/innen in Baden-Württemberg riskieren tagtäglich ihre eigene Gesundheit und haben es verdient, dass sie für ihren Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern und für die Sicherheit in Baden-Württemberg die bestmögliche Gesundheitsfürsorge erhalten. Einschnitte in der Eingangsbesoldung und erhebliche Kürzungen der Gesundheitsfürsorge sind nicht gerechtfertigt. Wer sich mit seiner ganzen Person, mit seiner Gesundheit und mit seinem Leben für die Allgemeinheit so einbringt, wie es die Polizeibeamten/innen tun, hat Besseres verdient.
- Laufbahn- und besoldungsrechtlich halten wir an der Forderung zur Einführung einer gesonderten **Besoldungs- und Laufbahnordnung Polizei** fest. Von einer sogenannten zweigeteilten Laufbahn ist die Polizei des Landes Baden-Württemberg so weit entfernt wie noch nie! In den kommenden Jahren wird der Anteil des mittleren Dienstes um über 2000 Stellen ansteigen. Die beabsichtigte Dienstpostenbewertung wird aufgrund der fast immer mit Beförderungen verbundenen Funktions- und Stellenwechsel zu einem noch nie dagewesenen Aufwand, begleitet von einem unbeschreiblichen Erfahrungs- und Wissensverlust, führen. Die weitere Steigerung von Frustration und Perspektivlosigkeit ist vorprogrammiert. Die Antwort auf alle Bewerbungs- und Laufbahnfragen sehen wir daher in einer eigenständigen Besoldungs- und Laufbahnordnung Polizei.
- Nur eine qualifizierte **Ausbildung und Fortbildung** aller Polizeibesetzten sichert die hohe Qualität der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Dafür ist eine kontinuierliche Einstellungsplanung und -entwicklung ebenso wichtig wie ein Konzept zum lebenslangen Lernen und zur Anpassung an polizeispezifische Entwicklungen. Erwachsenengerechte Bildungsstätten, mit optimalen Lern- und Lehrvoraussetzungen sind unverzichtbare Rahmenbedingungen, die mit hervorragendem Lehrpersonal und



Stuttgarter Erklärung

Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg

Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen ein hohes Maß an Qualität, Zufriedenheit und Motivation von Auszubildenden und Fortbildungsteilnehmern sichern. Weil die Polizei aktuell aber meilenweit davon entfernt ist, fordern wir eine Bildungsoffensive, die mit einem Gesamtkonzept zukunftsorientiert die polizeiliche Bildungslandschaft ordnet und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt.

- In erheblich besserem Maße als bisher müssen die **Vereinbarkeit von Familie, Beruf**, Pflegeverantwortung und Karriere in der Polizei gefördert und gewährleistet werden! Dazu gehört auch die Förderung von Telearbeit in den dafür geeigneten Bereichen.
- Beamtinnen und Beamte der **Polizeiverwaltung** tragen in allen Bereichen wesentlich zur Bewältigung der gesamtpolizeilichen Aufgaben bei. Neben Unterstützung und Entlastung bei zunehmend administrativen Tätigkeiten sind sie u.a. der Garant dafür, dass laufbahn-, beamten- und versorgungsrechtliche Belange der Beschäftigten gewährleistet werden. Daneben tragen sie für Haushalt, Unterbringung und logistische Ausstattung Sorge. Der Personal- und Finanzbereich, sowie die Bereiche Recht und Datenschutz sind tragende Säulen und benötigen ausreichendes, hochmotiviertes und entsprechend gut besoldetes Personal.
- **Tarifbeschäftigte** der Polizei leisten hochwertige und unverzichtbare Arbeit in wichtigen Funktionen, ohne die die Leistungsfähigkeit der Polizei letztlich nicht gewährleistet wäre. Wir fordern Respekt, realistische Funktionsbeschreibungen, gerechte Eingruppierung und endlich die Anerkennung der Tätigkeit unserer Tarifbeschäftigten als besondere Aufgabenwahrnehmung in einem von Gefahren und besonderen Lebenssituationen geprägten Umfeld und die dazu gehörigen beruflichen Perspektiven.
- **Schwerbehinderte** Kollegen/innen müssen einen festen Platz in unserer Mitte haben können. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden. Die Polizei und der öffentliche Dienst müssen im Umgang mit Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion entwickeln, um auch in der Gesellschaft das Bewusstsein für dieses Thema zu stärken und zu fördern.

Sicherheitsarchitektur in Baden-Württemberg

- Eklatante Fehler in der Sicherheitsarchitektur des Landes Baden-Württemberg treten aktuell genauso ans Licht, wie die Erkenntnis, dass der Öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren in einer Art und Weise Sparzwängen unterworfen wurde, die einer leistungsfähigen Verwaltung ebenso entgegen stehen, wie einer bürgerorientierten Gewährleistung der Inneren Sicherheit.
- Die **Beschäftigten im Öffentlichen Dienst** sind überlastet. Und dies in nahezu allen Bereichen. Gerade auch deshalb, weil Bereiche außerhalb der Polizei nicht in der



Stuttgarter Erklärung

Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg

Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, muss die Polizei in viel zu vielen Fällen ersatzweise tätig werden, obwohl sie für die drängendsten, eigenen Aufgaben keine Zeit hat.

- Die defizitäre Personalausstattung bei den Sicherheitsbehörden hat für die Bürgerinnen und Bürger eine katastrophale Wirkung, weil damit eben die falschen Signale für all diejenigen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, gesendet werden.
- Überlastete **Gerichte** führen zu immer höheren Hürden bei der Verurteilung von Straftätern. Richtern und Staatsanwälten wird es schon viel zu lange erschwert, sich so wie sie es möchten der Gerechtigkeit und Rechtspflege zu widmen. Durch die permanente Überlastung steht nicht die Zeit für einzelne Verfahren zur Verfügung wie es für eine ordentliche Rechtspflege erforderlich wäre. Resultierend daraus ergeben sich auch vermehrt Verfahreinstellungen, die wir als Polizei mit großer Sorge sehen.
- Eine zunehmende Zahl von hochproblematischen Gefangenen, unter anderem mit ausgeprägten psychischen Auffälligkeiten und teils aggressivem Auftreten gegenüber allen Vollzugsbediensteten und seit Jahren viel zu wenige Strafvollzugsbedienstete haben den **Strafvollzug** schon lange an den Abgrund geführt. Wir benötigen nicht nur ausreichende und moderne Einzelhafträume, sondern wir benötigen auch in ausreichendem Umfang hochqualifiziertes Personal aller Laufbahnen, um dem gesetzlichen Auftrag und dabei auch dem Schutz der Allgemeinheit durch sichere Verwahrung in einer Haftanstalt zu gewährleisten. Dies schließt auch die Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe und des Täter-Opfer-Ausgleiches mit ein.
- Der **Verfassungsschutz** ist in der Vergangenheit vielfach in Kritik geraten. Die Auswirkungen der knappen Personalressourcen sind unverkennbar. Schon lange steht in Frage, ob überhaupt ein Schutz vor den Feinden unserer Verfassung und ein sicheres Auge auf die Feinde unserer Gesellschaft so noch erfolgen können, wie es die aktuelle Bedrohungslage erfordert.
- Die Ministerien und ihre unmittelbar nachgeordneten **Behörden und Institutionen, Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden** wurden in der Vergangenheit personell so ausgedünnt, dass sie vielfach ihre originären Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Wichtige Fragen der Sicherheit und Daseinsvorsorge bleiben auf der Strecke. Die sicherheitspolitischen Schnittstellen, wie beispielsweise in der Jugendpflege, im Sozialwesen, dem Pass- und Einwohnermeldewesen, dem Kfz-Zulassungswesen sowie im Bereich der chemischen Untersuchungen, ähneln einer ausgefransten Naht.



Für Tarif- und Gewerkschaftspluralität - gegen eine Einheitsgewerkschaft!

- Die Achtung und der Schutz der Würde des Menschen sowie der Einsatz für die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte sind das Fundament unserer demokratischen Polizei. Zu diesen garantierten Grundrechten zählt ausdrücklich auch die Möglichkeit für Beschäftigte, sich in unabhängigen und freien Gewerkschaften zusammen zu schließen, um gemeinsam für ihre Interessen einzutreten. Deshalb lehnen wir jegliche Einschränkung, auch wenn sie über die Hilfskonstruktion einer gesetzlichen Tarifeinheit formuliert ist, rigoros ab. Auch wenn die DPoIG längst die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg ist, setzen wir uns gegen eine gesetzliche Tarifeinheit ein.

Für eine humane Gesellschaft – Unsere Verantwortung für alle Menschen

- Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir werden uns auch künftig mit Engagement, Überzeugung und allen uns zur Verfügung stehenden Kräften all denjenigen entgegenstellen, die Menschen anderer Herkunft oder anderen Glaubens diskriminieren, beleidigen oder anzugreifen versuchen. Auch und gerade gegenüber denjenigen, die aus den Krisenregionen dieser Welt bei uns Schutz und Hilfe suchen, fühlen wir uns als Polizei in besonderer Weise verpflichtet.
- Die sich aus der Zuwanderung von Menschen nach Deutschland ergebenden Fragestellungen müssen ohne ideologische oder politische Denkverbote diskutiert und konsequenten Lösungen zugeführt werden. Nebengesellschaften, Paralleljustiz und die stillschweigende Hinnahme angeblich kulturell oder religiös bedingter Akte der Frauenfeindlichkeit oder Ausgrenzung von Minderheiten lehnen wir ab. Die Politik ist aufgefordert, alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten der Verbote verfassungsfeindlicher, menschenverachtender und gefährlicher Institutionen und Vereine zu nutzen, um Radikalen und Kriminellen gleichermaßen wirksam zu begegnen.

Stuttgart, den 20. November 2015

